

**Protokoll der Pressekonferenz
im Anschluß an die Zentralbankratssitzung
der Deutschen Bundesbank
am 15. April 1999
- nach Bandaufnahme -**

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Der Zentralbankrat hat heute in seiner 1013. Sitzung den Jahresabschluß der Bundesbank für das Jahr 1998 festgestellt, und zwar mit einem Bilanzgewinn von 16,2 Mrd DM. Dieser Betrag wird in voller Höhe an den Bund abgeführt. Ich möchte darauf hinweisen, daß im Vorjahr die Gewinnabführung durch eine Änderung der Bewertung der Devisenreserven mit 24,2 Mrd DM noch höher war. Die Gutschrift auf dem Konto des Bundes ist inzwischen erfolgt.

Nach der gesetzlichen Regelung werden von dem Betrag von 16,2 Mrd DM 7 Mrd DM zur Finanzierung des Bundeshaushaltes und der Rest zur Tilgung der Schulden des Erblastentilgungsfonds verwendet.

Dies ist der letzte Jahresabschluß in DM, und zwar per 31.12.1998. Zugleich haben wir eine Euro-Eröffnungsbilanz per 1. Januar 1999 aufgestellt.

Die wichtigsten Ertragsfaktoren für 1998 waren erstens Zinserträge im Gesamtumfang von 13,8 Mrd DM, zweitens Erträge aus Fremdwährungen von 1,9 Mrd DM sowie drittens eine Entnahme aus den Rücklagen von 3,6 Mrd DM. Die wichtigste Quelle waren auch 1998 wieder die Zinserträge mit 13,8 Mrd DM. Sie sind gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Ausschlaggebend waren die Zinserträge aus dem Auslandsgeschäft in Höhe von 7,2 Mrd DM, die Inlandserträge betragen 6,6 Mrd DM.

Auf der anderen Seite entstanden der Bank auch Zinsaufwendungen, die sich geringfügig auf 0,6 Mrd DM erhöht haben.

Das Jahresergebnis einer Zentralbank wird - stärker als bei vielen großen Wirtschaftsunternehmen - auch von den Gewinnen und Verlusten in den Fremdwährungspositionen beeinflusst.

Aus den Fremdwährungspositionen der Bundesbank ergab sich 1998 insgesamt ein Ertrag in Höhe von 1,9 Mrd DM. Die wichtigste Größe hierbei ist ein Gewinn in Höhe von 1,6 Mrd DM bei den Dollarreserven, der sich per saldo aus realisierten Kursgewinnen ergibt.

Im Gegensatz zum Vorjahr sind 1998 bei den Devisenreserven, also US-Dollar- und SZR-Bestände, im Ergebnis keine Bewertungserfolge angefallen.

Die Bewertung erfolgt zu den fortgeschriebenen Durchschnittskursen, die ausgehend von den Bilanzkursen im Abschluß 1997 unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge des Jahres 1998 ermittelt worden sind.

Die US-Dollar-Bestände sind somit zum fortgeschriebenen Durchschnittskurs von 1,5629 DM je US-Dollar bewertet. Der Vollständigkeit halber möchte ich erwähnen, daß die Goldbestände der Bundesbank in der Bilanz zum 31. Dezember 1998 unverändert zu den Anschaffungskosten mit 144 DM je Unze Feingold bewertet worden sind.

Ferner verweise ich darauf, daß durch eine Änderung des Bundesbankgesetzes mit Wirkung vom 31. Dezember das Eigenkapital neu geordnet worden ist. Das Grundkapital ist auf 5 Mrd DM erhöht und die gesetzliche Rücklage auf höchstens 5 Mrd DM festgesetzt worden. Die sonstigen Rücklagen sind entfallen.

Die sonstigen Rücklagen und die gesetzliche Rücklage, soweit sie den Betrag von 5 Mrd DM übersteigt, werden somit im Jahresabschluß 1998 aufgelöst. Die sich aus der Auflösung ergebenden Beträge werden zunächst in das Grundkapital eingestellt,

bis dieses 5 Mrd DM beträgt. Der sich dann aus dieser Rechnung insgesamt ergebende Überschußbetrag aus der Auflösung der Reserven von 3,6 Mrd DM wird dem Reingewinn zugeführt und abgeführt. Er ist Bestandteil des Gesamtbetrages von 16,2 Mrd DM.

Hinsichtlich der Bilanzrelationen und auch der Bilanzzusammenhänge unterscheidet sich die Bundesbankbilanz wesentlich von normalen Bankbilanzen: Sie ist vor allem das Spiegelbild von geld- und währungspolitischen Aktivitäten.

Die Bilanzsumme hat sich insgesamt um 9,6 Mrd DM auf 370,9 Mrd DM verringert. Dieser Rückgang ist insbesondere ein Ergebnis der hohen Gewinnausschüttung des Vorjahres von 24,2 Mrd DM.

Hinsichtlich der Bilanzstruktur verweise ich darauf, daß der Mechanismus für die Schaffung von ECU Ende 1998 endete, d. h., die mit der EZB bzw. ihrem Vorgängerinstitut vereinbarten revolving Gold- und US-Dollar-Dreimonatsswaps wurden zum 31. Dezember 1998 abgewickelt. Infolgedessen werden zum Jahresende keine Forderungen mehr an die EZB ausgewiesen. In den nationalen Abschlüssen der EWS-Zentralbanken wird zum Jahresende der volle Gold- und US-Dollar-Bestand in den betreffenden Bilanzpositionen bilanziert.

Daneben ist nun auf der Aktivseite die größte Veränderung bei den Krediten an inländische Kreditinstitute, nämlich 19,2 Mrd DM, festzustellen.

Unter den Passivpositionen ist als höchste Abweichung gegenüber dem Vorjahr die Erhöhung der Einlagen von Kreditinstituten mit 9,0 Mrd DM hervorzuheben.

Als besondere Vorsorgeposition enthält die Bilanz „Sonstige Rückstellungen“ im Betrag von 7,2 Mrd DM, die überwiegend zur Deckung allgemeiner Risiken im Inlands- und Auslandsgeschäft dienen.

Der anhaltende Rationalisierungs- und Konzentrationsprozeß im Kreditgewerbe hat natürlich auch in der Bundesbank zu einer Anpassung des Zweiganstaltennetzes geführt.

Die Zahl der Zweiganstalten hat sich 1998 um 16 auf nunmehr 147 verringert, mit denen die Bundesbank in die Währungsunion eingetreten ist (verglichen mit den 210 Zweiganstalten Ende 1990). Es ist vorgesehen, bis Ende d. J. zwei weitere Zweiganstalten zu schließen. Der Anpassungsprozeß ist damit allerdings noch nicht zu Ende gekommen.

Der Personalstand ist im Vergleich zum Vorjahr mit 15 891 Mitarbeitern nahezu unverändert.

Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr vor allem infolge der allgemeinen Tarif- und Besoldungserhöhung geringfügig um 22 Mio DM auf 1,7 Mrd DM erhöht.

Der Sachaufwand ist um 46 Mio DM auf 464 Mio DM gestiegen.

Die Ausgaben für den Notendruck haben dabei um 77 Mio DM auf 249 Mio DM zugenommen. Der Grund hierfür war die wegen der im Jahre 1999 beginnenden Produktion von Euro-Banknoten deutlich gestiegene Liefermenge an DM-Banknoten.

Verringert haben sich dagegen die Abschreibungen auf Sachanlagen - also auf Gebäude wie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Inwieweit künftig die Organisation der Bundesbank von dem System der Europäischen Zentralbanken beeinflusst wird, läßt sich derzeit natürlich noch nicht endgültig und verbindlich sagen. Die Voruntersuchungen zu diesem sehr komplexen Thema sind inzwischen aufgenommen worden.

Im Vordergrund steht dabei zunächst einmal das Ziel, mit der gegebenen Organisationsstruktur die Betriebsabläufe in den einzelnen Arbeitsbereichen der Bank an die Erfordernisse des Eurosystems weiter anzupassen. Anzuführen sind hier insbesondere die Durchführung der Refinanzierung, die Verwaltung der Währungsreserven, die Überwachung von Mindestreserven sowie insbesondere der unbare Zahlungsverkehr.

In den nächsten 2 ½ Jahren wird es so an vielen Stellen der Bank zunächst Mehrarbeit vor allem im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Übergangs zu Euro-Noten und Euro-Münzen im Jahre 2002 geben.

Der Zentralbankrat wird sich im Laufe dieses Jahres intensiv auch mit der Frage der längerfristigen Auswirkungen auf die Bundesbankstruktur befassen. In einem Ausschuß unter Vorsitz von Vizepräsident Dr. Stark werden z. Zt. die Beratungen vorbereitet.

Der Zentralbankrat wird alle Aspekte und Konsequenzen - auch für die interne Leitungsfunktion - sorgfältig prüfen und dann dem Gesetzgeber seine Überlegungen zuleiten.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur die Bilanz zum Schluß des vergangenen Jahres aufgestellt, sondern auch die Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1999 in Euro.

Durch Änderung des Bundesbankgesetzes ist das deutsche Notenbankrecht an die Erfordernisse der dritten Stufe angepaßt worden. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Vorschriften über die Rechnungslegung in § 26 Abs. 2 BBankG geändert.

Die Neufassung dieser Bestimmung ermöglicht es der Bundesbank, die Rechnungslegungsgrundsätze der Europäischen Zentralbank zu übernehmen.

Der Zentralbankrat hat dementsprechend die eigenen „Grundsätze zur Rechnungslegung der Deutschen Bundesbank“ weitestgehend den EZB-Regeln angepaßt.

Danach sind die Jahresabschlüsse für nach dem 31. Dezember 1998 endende Geschäftsjahre sowie die Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1999 nach Maßstab dieser Rechnungslegungsgrundsätze zu gliedern und zu bewerten.

Dementsprechend ist die Eröffnungsbilanz auf der Grundlage der Bilanz zum Jahresende 1998 erstellt worden. Für die Umrechnung in Euro ist der zum Jahresende festgelegte Umrechnungskurs natürlich zur Anwendung gekommen.

Neu ist dabei vor allem: Nach den Rechnungslegungsgrundsätzen werden Aktiva und Passiva, die Marktpreisschwankungen unterliegen, zu Marktpreisen bewertet.

Die dabei anfallenden Bewertungsgewinne sind jedoch nicht erfolgswirksam, sondern sie gehen - wie es die EZB-Regeln vorsehen - in einem passivischen „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ ein und werden dort ausgewiesen.

Unrealisierte Gewinne aus der Marktpreisbewertung zum 1. Januar 1999 ergeben sich bei den Gold-, US-Dollar- und Wertpapierbeständen sowie bei den Sonderziehungsrechten. Die Gesamtsumme der unrealisierten Gewinne in Höhe von 25,3 Mrd Euro setzt sich wie folgt zusammen: bei Gold 20,5 Mrd Euro, bei Devisen 4,0 Mrd Euro und bei Wertpapieren 0,8 Mrd Euro.

Diese Bewertungsgewinne in Höhe von insgesamt 25,3 Mrd Euro stehen jedoch nicht zur Ausschüttung, sondern - wie es in den Regeln vorgesehen ist - nur zum Ausgleich von künftigen Bewertungsverlusten zur Verfügung. Daneben ist eine Auflösung nur bei Abgängen, also bei Verkäufen, der entsprechenden Aktiva möglich, da die Aktiva zu einer Realisierung von Gewinnen führen.

Soviel zu den beiden Bilanzen, der Abschluß- und der Eröffnungsbilanz.

Der Zentralbankrat hat auf seiner heutigen Sitzung neben dem Jahresabschluß auch den Geschäftsbericht für das Jahr 1998 verabschiedet, der in der nächsten Woche ausgehändigt wird. Im Hauptteil des Geschäftsberichtes wird wie üblich die Geldpolitik sowie die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und das internationale Umfeld analysiert.

Dazu möchte ich jedoch schon jetzt einige Hinweise geben:

Auf der Habenseite der gesamtwirtschaftlichen Bilanz des vergangenen Jahres, in dem die Bundesbank trotz der Anfang Mai angekündigten Paritätsbindung zum Jahresende noch voll für die Geldpolitik zuständig war, steht zweifellos, daß das Ziel der Geldwertstabilität praktisch erreicht werden konnte.

Diese Geldwertstabilität erscheint in Deutschland auch auf absehbare Zeit nicht ernsthaft gefährdet, obgleich in der laufenden Preisentwicklung aufgrund der steigenden Ölpreise, des abgeschwächten Wechselkurses und der höheren Energiesteuern der untere Wendepunkt wohl durchschritten sein dürfte. Im weiteren Verlauf sind eher leicht anziehende Teuerungsraten zu erwarten. Aber ich füge deutlich hinzu: Inflationäre Tendenzen sind damit aus unserer Sicht nicht verbunden. Sie drohen ebensowenig wie deflationäre Tendenzen.

Erfreulich ist auch, daß die deutsche Wirtschaft im gesamten Jahr 1998 trotz der außenwirtschaftlichen Belastungen mit 2 $\frac{3}{4}$ % durchaus kräftig gewachsen ist.

Dabei kam es erfreulicherweise auch zu einer leichten Entspannung am Arbeitsmarkt. Erstmals seit der Wiedervereinigung nahm die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahresverlauf 1998 wieder zu, und die Arbeitslosenquote ging auch im Jahresdurchschnitt betrachtet leicht zurück.

Zu den Schattenseiten der gesamtwirtschaftlichen Bilanz 1998 gehört erstens, daß der Aufholprozeß in den neuen Bundesländern erneut nicht weiter vorangekommen ist. Zweitens hat sich die konjunkturelle Grunddynamik in der zweiten Jahreshälfte merklich abgeschwächt.

Die deutsche Wirtschaft konnte sich offenbar immer weniger der ins Stocken geratenden Weltwirtschaftskonjunktur entziehen, so daß vom Exportgeschäft im späteren Jahresverlauf 1998 keine positiven Impulse mehr ausgingen.

Aber hinzu kamen auch hausgemachte Risiken, die dazu beitrugen, daß sich das Stimmungsbild und die Erwartungen in der Wirtschaft eintrübten. Insbesondere gab und gibt es noch Unsicherheiten über wichtige politischen Rahmenbedingungen.

Das Jahr 1999 wird zweifellos ein schwieriges Jahr werden. Zumindest eine vorübergehende Wachstumsverlangsamung ist wohl unvermeidbar.

Mit der faktisch erreichten Preisstabilität und den historisch niedrigen Zinsen sind zwar wichtige Voraussetzungen für ein wieder stärkeres Wachstum auch bei uns gegeben. Auch scheint die Widerstandskraft der Wirtschaft ausreichend, um ein Abgleiten in eine anhaltende Rezession zu vermeiden. Doch sind die Schwierigkeiten in manchen Krisenregionen der Welt trotz der Anpassungsfortschritte in einigen Ländern noch nicht überwunden.

Um so mehr kommt es darauf an, daß jetzt bei uns durch richtige Weichenstellungen die Angebots- und Nachfragebedingungen verbessert werden. Dazu gehört aus unserer Sicht:

Erstens ein Festhalten der Finanzpolitik am Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie klare Entscheidungen für eine investitions- und beschäftigungsfördernde Steuer-, Abgaben- und Ausgabenpolitik des Staates. Vordringlich erscheint uns vor allem eine Klärung des Horizontes für die künftige Steuer- und Abgabenpolitik zu sein sowie für die angestrebte Überwindung der strukturellen Rigiditäten und Fehlanreize.

Zweitens gehört dazu aber auch eine Lohnpolitik, die volkswirtschaftliche Verteilungsspielräume respektiert sowie Knappheitsverhältnisse bei den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital angemessen berücksichtigt und so auch zu günstigen Investitionsbedingungen beiträgt.

Drittens gehört dazu natürlich auch eine Geldpolitik, die Preisstabilität glaubhaft sichert und so die Zinsen dauerhaft niedrig hält.

Im vergangenen Jahr stand die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank unter besonderen Vorzeichen.

Die herannahende Europäische Währungsunion bedeutete - neben der Bewahrung der Preisstabilität in Deutschland -, bei allen Entscheidungen verstärkt das

europäische Umfeld zu berücksichtigen, um der Europäischen Zentralbank den Start zu erleichtern. Erfreulicherweise ergaben sich dabei keine größeren Konflikte.

Die Geldmenge M3 bewegte sich in Deutschland voll in dem von uns angestrebten Rahmen. Der letztjährige Zielkorridor von 3 % bis 6 % wurde ebenso erreicht wie die Zweijahresorientierung 1997/1998 von rund 5 %.

In den übrigen Teilnehmerländern der Europäischen Währungsunion erlaubten - trotz der teilweise unterschiedlichen Konjunkturlagen - die praktisch überall weitgehend erreichten Fortschritte in Richtung Preisstabilität eine Konvergenz der Notenbankzinsen auf das Niveau der Niedrigzinsländer. Das führte im gesamten Eurogebiet zu einer erheblichen Zinssenkung im Laufe des Jahres.

Anfang Dezember konnten so die Geldmarktleitzinsen in einer koordinierten Aktion von 3,30 % auf 3 % gesenkt werden. Damit war praktisch das Eingangsniveau in die Währungsunion festgeschrieben.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist: Auch die Kapitalmarktzinsen sind 1998 auf niedrigem Niveau konvergiert. Seither sind sie weiter auf einen nominal und real betrachtet außerordentlich niedrigen Stand gefallen.

Der EZB-Rat hat in der vergangenen Woche den Geldmarktleitzins auf 2,5 % herabgesetzt. Dieser Beschluß ist insbesondere in der deutschen Öffentlichkeit teilweise kontrovers diskutiert worden. Und wenn ich es richtig sehe, hält die Diskussion bis heute an.

Einige Beobachter sprechen von einem Paradigmenwechsel, weg von der längerfristigen Stabilitätspolitik, hin zu einer kurzfristig orientierten Geldpolitik.

Lassen Sie mich dazu klar sagen: Die Zinssenkung signalisiert keinen Paradigmenwechsel. Sie ist auch keine Ex ante-Koordinierung im Sinne einer Nachfragesteuerung. Sie wurde vielmehr mit Blick auf die Zukunft und im Einklang mit dem Ziel des Eurosystems, der dauerhaften Geldwertstabilität und ihrer darauf gerichteten geldpolitischen Strategie getroffen.

Diese basiert auf zwei Eckpfeilern, nämlich der Geldmenge und den Preisperspektiven.

Die monetären Daten, die wir zuerst im Europäischen Zentralbankrat eingehend diskutiert haben, signalisieren auch nach unserer Einschätzung auf absehbare Zeit keine Inflationsgefahren.

Bei den Inflationsperspektiven kamen wir im EZB-Rat zu dem Ergebnis, daß es hier zwar einige Unsicherheiten nach der einen oder anderen Seite gibt, daß aber keine erkennbaren größeren Risiken drohen.

Die Zinssenkung hält deshalb - wie Präsident Duisenberg auf der Pressekonferenz am 8.4.1999 sagte - die Geldpolitik auf einem längerfristigen, stabilitätsorientierten Kurs. Sie trägt somit - in der englischen Fassung „by doing so“ - zur Schaffung eines wirtschaftlichen Umfeldes bei, bei dem das beträchtliche Wachstumspotential des Euro-Währungsgebiets besser ausgeschöpft werden kann.

Dieser Satz macht m. E. klar, daß sich der EZB-Rat sehr wohl bewußt ist, daß er keine kurzfristig angelegte Konjunkturpolitik machen will und kann, sondern daß er die längerfristigen Rahmenbedingungen beeinflussen kann und beeinflussen will.

Hier wollten wir Unsicherheiten beseitigen. Deshalb haben wir uns nach sehr eingehender, sehr sorgfältiger und sehr intensiver Diskussion zur Klärung der Zinsperspektiven entschlossen.

Jetzt sind die für die anderen Politikbereiche Verantwortlichen um so eindringlicher aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und die längerfristigen Wachstumsaussichten für das Euro-Gebiet durch striktes und entschlossenes Festhalten am Stabilitäts- und Wachstumspakt und durch überzeugende wirtschaftliche Reformen zu verbessern.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einige Bemerkungen zu den internationalen Finanzmärkten machen.

Der friktionslose Übergang zur Währungsunion, wie wir ihn erlebt haben, kontrastiert auffallend mit den Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten im vergangenen Jahr. Dabei reichten die Krisenherde von Asien über Rußland bis nach Südamerika.

Ihre Häufung sollte allerdings nicht vorschnell als ein prinzipielles „Marktversagen“ verstanden werden. Denn die Währungskrisen waren ja nicht einfach, wie manche das darstellen, das Zufallsprodukt spekulativer Bewegungen.

Sie waren vor allem Folge von fundamentalen Fehlentwicklungen, die sich bei starren Wechselkursbindungen schließlich in kräftigen Wechselkurskorrekturen entluden.

Es ist deshalb sinnvoll, den Wechselkursen ihre Funktion als Ausgleichsmechanismus zu belassen und damit ein „Atmen“ der Währungsrelationen im Einklang mit den Fundamentalfaktoren zu ermöglichen. Jedenfalls dann, wenn man nicht als kleineres Land in der Lage und gewillt ist, seine Politik dem großen Nachbarn unterzuordnen.

Flexible Wechselkurse und ein liberalisierter Kapitalverkehr setzen allerdings geeignete Rahmenbedingungen und eine ausreichende Stabilität des Systems voraus - national wie international.

Nun ist zur Stärkung des internationalen Systems schon viel getan worden. Es wurden aufsichtsrechtliche Verhaltenskodizes erarbeitet, die Markttransparenz wurde erhöht, die Finanzmittel des IWF für den Krisenfall wurden beträchtlich aufgestockt.

Durch die Einrichtung des „Forums für Finanzmarktstabilität“ sollen darüber hinaus die Kommunikation zwischen den verschiedenen nationalen und multilateralen Stellen bei der Überwachung des Finanzsystems weiter verbessert und vorhandene Informationen intensiver genutzt werden.

Dieses Forum ist gestern in Washington unter meiner Leitung zum ersten Mal zusammengetreten. Es hat seine Arbeitsweise festgelegt. Der künftige Vorsitzende ist für 3 Jahre der Generaldirektor der BIZ, Andrew Crockett. Das Ziel dieses Forums ist insbesondere die Prävention.

Durch ein möglichst frühzeitiges Erkennen von Problembereichen und die Entwicklung von Mindeststandards soll die Widerstandskraft des Finanzsystems gestärkt und die Funktionsweise der Märkte verbessert werden.

Drei Themen sollen jetzt vorrangig in Arbeitsgruppen behandelt werden: Das eine ist die sogenannte Klärung der Bedingungen für „highly leveraged“ Institute und Aktivitäten. Darunter können Sie den Begriff der Hedge-Fonds nehmen. Sie können darunter aber auch eine ganze Reihe von „hedging-Aktivitäten“ von anderen Institutionen verstehen. Dafür sind schon eine ganze Reihe von Vorbereitungsarbeiten im Gange. Aber sie sind noch nicht zusammengefügt, und es ist noch nicht zu konkreten Konklusionen gekommen.

Beim zweiten Thema wird man sich intensiv mit der Frage der Off-shore-Zentren befassen. Das ist die Frage, inwieweit die Aktivitäten aus dem Bereich der Off-shore-Zentren in die Aufsicht einbezogen werden können. Gibt es da Möglichkeiten, gibt es Registrierungen? Auch hier gibt es schon Vorarbeiten, aber noch keine konkreten Schlußfolgerungen. Das Dritte ist, daß man sich nochmals intensiv mit dem Thema der „short-term capital flows“ befassen wird. Auch hier gibt es schon eine ganze Reihe von Vorarbeiten.

Jetzt kommt es darauf an, daß man konkretisiert, was nun getan werden kann.

Die nächste Sitzung des Forums wird im September d. J. sein. Dabei wird dann auch noch zu klären sein, inwieweit auf Dauer die Teilnehmerzahl verändert werden kann und in welcher Weise ein Kontakt mit dem privaten Bereich stattfinden kann. Die privaten Banken können natürlich nicht Mitglied des Forums sein, denn das Forum ist für den öffentlichen Bereich. Aber es soll sehr wohl auch ein Dialog ermöglicht werden.

Insgesamt kommt es darauf an, die Einbeziehung der privaten Gläubiger in die Krisenbewältigung voranzutreiben. Ein Fehlverhalten der Schuldnerländer, vor allem aber auch der privaten Kreditgeber darf nicht begünstigt werden. Das „moral-hazard“-Problem ist in Grenzen zu halten, und der IWF ist auf seine Katalysatorfunktion so weit wie möglich zu begrenzen.

Das Ziel ist es, die Risiken im Hinblick auf die Stabilität des gesamten Finanzsystems so gering wie möglich zu halten und funktionsfähige Märkte zu erhalten.

Das Thema „Internationale Finanzarchitektur“ wird übermorgen in Dresden auch beim informellen europäischen Finanzminister- und Notenbanktreffen behandelt werden. Ende der nächsten Woche beginnt dann die Frühjahrstagung der Bretton-Woods-Institutionen in Washington. Da stehen diese Themen alle auf der Tagesordnung.

Frage

Ist es angesichts der Finanznöte des Bundes sinnvoll, dem Haushalt nur 7 Mrd. DM zuzuführen?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Zunächst einmal ist dies die Gesetzeslage. Natürlich hat der Gesetzgeber immer das Recht, Gesetze zu ändern. Ich hielte es aber für richtig, daß daran festgehalten wird. Denn es unterstreicht, daß dies der „normale“ Teil des Bundesbankgewinns ist. Der Sinn der Regelung ist es, den Bundesbankgewinn aufzuteilen in einen normalen Teil, der der Finanzierung des Haushalts dient, und in einen anderen Teil, mit dem der Schuldenstand reduziert wird. Dieser Teil ist ja von vielen Faktoren abhängig. Es wäre eine Verzerrung der Haushaltssituation, wenn man den Haushaltsanteil ständig variiert. Es ist richtiger, im Haushaltsgesetz einen bestimmten Teil in die Haushaltsfinanzierung zu geben und mit dem anderen Teil den Schuldenstand zu reduzieren. Das Entscheidende ist, daß man sich nicht selbst etwas in die Tasche fügt - ich habe nicht gesagt „lügt“ -, was nicht dauerhaft zur Verfügung steht, sondern dies zur Reduktion des Schuldenstandes verwendet. Ich halte das für ein solides Haushaltsgebaren.

Frage

Wird denn der Normalgewinn in Zukunft nicht sehr viel niedriger ausfallen? Die 3,6 Mrd. DM wird man in den nächsten Jahren nicht haben.

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Die 7 Mrd. DM sind wohl eine dauerhafte Untergrenze. Von den 16,2 Mrd. DM dieses Jahres muß man die 3,6 Mrd. DM abziehen. Die beruhen auf einem Sonderfaktor. Bedeutend für den Gewinn ist die Höhe des Notenumlaufs. Niemand kann auf Dauer sagen, wie hoch der Notenumlauf in Zukunft sein wird - zumal ein Teil der D-Mark-Noten im Ausland umläuft. Dies kann man heute noch nicht wissen. Die 7 Mrd. DM sind in der Tat nach heutigen Erkenntnissen wohl eine dauerhafte Untergrenze für den Normalgewinn.

Frage

Ich habe drei Fragen: 1) War der letzte Donnerstag nicht die letzte Chance für eine Zinssenkung? 2) Müssen wir uns jetzt auf eine aktivere Zinspolitik seitens der EZB gefaßt machen, etwa nach dem Vorbild der Fed? 3) Wie beziffern Sie den Konjunkteinfluß der Zinssenkung?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Zur „letzten Chance“: Die „letzte Chance“ ist das nie, sondern wir haben nach sorgfältiger Abwägung den geeigneten Zeitpunkt gewählt. Zur „aktiveren Zinspolitik“: Auch die Bundesbank war nicht nur passiv, sondern sie ist ja sehr wohl zu Entscheidungen gekommen, die sie für notwendig hielt. Eine aktivistische Geldpolitik, die permanent nervös reagiert, hielte ich allerdings für falsch. Darüber sind wir uns - bei manchen Akzentunterschieden - im EZB-Rat einig. Was den Konjunkteffekt betrifft, so sollte man den nicht überbewerten. Wichtig ist, daß die monetären Rahmenbedingungen jetzt längerfristig geklärt sind.

Prof. Remsperger, MdD

Ich will das nur mit wenigen Worten ergänzen und vor allem klarmachen, daß es nicht der Beschluß des EZB-Rates gewesen ist, die Konjunktur zu fördern. Vielmehr muß man eine umgekehrte Denkweise haben. Der EZB-Rat analysiert bei seinen Entscheidungen die Preisperspektiven und beurteilt die Geldmengenentwicklung. Im Rahmen dieser Analyse der Preisperspektiven spielt natürlich die zukünftige Entwicklung des realwirtschaftlichen Sektors eine Rolle. Wir gehen davon aus, daß sich die realwirtschaftliche Entwicklung im Laufe dieses Jahres abschwächen wird. Vor diesem Hintergrund ist dann die gesamte Preislage zu beurteilen. Doch ich würde nicht umgekehrt vorgehen wollen und präzisieren, was dieser Zinsschritt in BIP-Einheiten bedeutet. Diese Sichtweise teile ich nicht.

Frage

Wird das Direktorium einen eigenen Vorschlag zur Struktur der Bundesbank vorlegen?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Der Ausschuß setzt sich aus Mitgliedern des Direktoriums und Präsidenten der Landeszentralbanken zusammen. Herr Stark als Vizepräsident ist für diesen Ausschuß der geeignete Vorsitzende. Es ist nicht beabsichtigt, daß das Direktorium von sich aus einen Vorschlag an den Gesetzgeber weiterleitet. Es wird ein Vorschlag des Zentralbankrates sein.

Frage

Glauben Sie, daß Ihr Appell an die Finanzpolitik, größeren Wert auf die interne Kommunikation zu legen, auf offene Ohren trifft?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Für gute Argumente gibt es immer offene Ohren. Der neue Bundesfinanzminister hat mir in einem Gespräch erklärt, daß er vor allem das interne Gespräch für sehr nützlich hält. Das ist eine wichtige Feststellung.

Frage

Inwieweit kann man jetzt überschüssige Währungsreserven für andere Zwecke verwenden?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Es ist meist erst nach einer langen Zeit abzusehen, wieviele Reserven man braucht. Reserven sind in erster Linie dazu da, möglichst nicht genutzt zu werden. Wenn sie zu früh genutzt werden, dann ist derjenige, der sie besaß, in seiner Kreditwürdigkeit sehr tangiert. Einen Teil der Devisenreserven haben wir - wie die anderen nationalen Notenbanken auch - an die EZB transferiert. Erforderlichenfalls kann ein weiterer Transfer stattfinden. Das ESZB braucht ausreichend Reserven. Interventionen können und müssen nicht allein von der EZB durchgeführt werden. Interventionen, so sie denn notwendig sind, können von den nationalen Zentralbanken durchgeführt werden - nicht in eigener Regie, wohl aber abgestimmt. Die Frage nach der angemessenen Höhe der Währungsreserven ist deshalb nicht leicht zu beantworten.

Frage

Sie sprachen von erforderlichenfalls weiteren Transfers von Reserven an die EZB. Wie ist das zu verstehen?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Nach Artikel 30.4 kann die EZB die Einzahlung weiterer Währungsreserven verlangen, und zwar unter den Bedingungen, die der Rat nach dem Verfahren des Artikels 42 festlegt. Dies wäre dann eine Ermächtigung des ECOFIN-Rats, eventuell weitere Reserven auf die EZB zu übertragen. In nächster Zeit werden Überlegungen angestellt, wie die Rahmenbedingungen hierfür geschaffen werden können. Das ist aber nichts Neues.

Frage

Kann man Währungsreserven beschäftigungspolitisch nutzen, so wie das Herr Prodi vorgeschlagen hat?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Nicht jeder Gedanke des sehr hochgeschätzten künftigen Kommissionspräsidenten muß in die Tat umgesetzt werden - abgesehen davon, daß er dies nicht zu entscheiden hat.

Frage

Steht der geplante Beschäftigungspakt nicht im Widerspruch zum Stabilitäts- und Wachstumspakt?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Der Beschäftigungspakt, so wie er sich jetzt abzeichnet, steht nicht im Widerspruch zum Stabilitäts- und Wachstumspakt. Und er sollte auch nicht im Widerspruch dazu stehen. Hier gibt es insbesondere eine Diskussion, wie in Zukunft die Beratungen stattfinden sollen. Inzwischen liegt ein geänderter Entwurf vor, über den in Dresden zu reden sein wird. Um es ganz deutlich zu sagen: Von Finanzierungsprogrammen ist dort meines Wissens nicht die Rede.

Frage

Inwieweit sollte der IWF Gold verkaufen, damit ein Schuldenerlaß finanziert werden kann?

Bundesbankvizepräsident Dr. Stark

Es gab eine Diskussion über die Möglichkeit der Nutzung von Erträgen aus Goldverkäufen des IWF zur Finanzierung der sogenannten HIPC-Schuldeninitiative. Es hat die eine oder andere Äußerung von Präsidenten einiger Länder gegeben. Es gab auch Marktreaktionen. Wir hatten vor zwei Tagen eine Vorbereitungssitzung des Interimskomitees auf Deputy-Ebene. Dort haben wir die Tagesordnung für das Interimskomitee vorbesprochen. Die Goldfrage hat aber keine Rolle gespielt. Im Moment gibt es viele Initiativen, die unter den G-7-Ländern in einem gewissen Wettbewerb stehen. Die Finanzierungsfrage ist im Augenblick ausgeklammert. Unabhängig von der Goldfrage ist wichtig, daß die Konditionalität für den Schuldenerlaß - wie auch immer er finanziert wird - eingehalten wird.

Frage

Noch eine Frage zu der Zinsentscheidung: Herr Duisenberg und Herr Noyer haben gesagt, das wär's zunächst. Das wäre sozusagen der letzte Zinsschritt nach unten. Würden Sie auch so weit gehen wollen, Herr Tietmeyer?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Er hat gesagt: „that's it“. Und ich übersetze: „das wär's“.

Frage

Die zweite Frage bezieht sich auf die künftige Gewinnausschüttung. Sie haben schon angedeutet, daß sieben Milliarden DM ein ganz guter Betrag sein könnten. Wieviel gibt die Bundesbank an die EZB ab? Wie sieht die Kompromißformel aus, die für drei Jahre getroffen wurde, die die gesamten Gewinne der EZB aufgliedert?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Dazu will ich folgendes sagen: Es gab da - wie Sie wissen - eine Zeitlang die wildesten Rechnungen, nach denen es für die deutsche Seite zu erheblichen Verlusten bei der Gewinnaufteilung kommen sollte. Andere wären dann die Gewinner. Ich will soviel sagen: Wir haben eine Einigung für die ersten drei Jahre erzielt, in denen noch die nationalen Banknoten und Münzen gelten, daß die Banknoten aus der Gewinnpoolung herausgenommen werden. Das bedeutet konkret, daß damit der überproportionale Anteil, den Deutschland bei den Banknoten wegen des DM-Umlaufs im Ausland hatte, nicht in die Rechnung einbezogen wird. Damit ist die sogenannte Benachteiligung der deutschen Seite in den ersten drei Jahren beseitigt. Jetzt muß man nach Ablauf dieser Zeit darüber verhandeln, wie in Zukunft die Übergangsregeln angewandt werden, die im Vertrag festgelegt sind. Wir wissen noch nicht, wie sich die Banknotenanteile entwickeln. Diese haben sich bei uns übrigens im Zusammenhang mit der Öffnung der Ostgrenze - dem Fall des Eisernen Vorhangs - in den frühen 90er Jahren stark verändert. Die D-Mark wurde plötzlich in einer ganzen Reihe von Ländern zu einer Parallelwährung. Wie dies sich in Zukunft für die D-Mark entwickelt, kann man wegen der Einführung des Euro noch nicht sagen.

Frage

Kann die Bundesbank ihre Reserven von umgerechnet 150 Milliarden D-Mark als Teilnehmer eines „federal system“ in Europa angesichts des hohen Niveaus der Arbeitslosigkeit überhaupt noch rechtfertigen? Wie lange dauert es, bis die Bundesregierung - wer auch immer das in den nächsten Jahren sein wird - auf die Bundesbank zurückkommt und einen Teil ihrer Währungsreserven verlangt, um sie in den Haushalt einfließen zu lassen?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Zunächst einmal habe ich eine große Hochachtung vor der Bundesregierung. Ich gehe davon aus, daß die Bundesregierung, wenn sie Initiativen ergreift, diese sehr sorgfältig bedenken wird. Zweitens ist die Frage, ob wir in Deutschland überproportionale Währungsreserven haben, eine ganz andere. Hier ist zunächst genau zu prüfen, wie die Proportionalität in den unterschiedlichen Ländern aussieht. Es ist keineswegs so, daß wir a priori überproportional hohe Währungsreserven haben. Jeder Verkauf bedeutet im übrigen eine Liquidisierung, bedeutet Liquiditätsschöpfung und ist damit ein Faktor für die geldpolitische Entwicklung. Wenn ich das richtig sehe, hat Präsident Duisenberg auf eine entsprechende Überlegung hin gesagt, daß man dann das Geld auch drucken könne. Deswegen gehe ich davon aus, daß diese Frage nicht in irgendwelchen Schnellschüssen entschieden, sondern sehr sorgfältig überlegt und geprüft wird.

Bundesbank-Vizepräsident Dr. Stark

Darf ich noch eine Bemerkung dazu machen. Wenn Sie sagen, die hohen Reserven seien nicht gerechtfertigt, dann ist das eine Frage, über die man sehr lange und intensiv streiten kann. Aber wenn Sie sagen, angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sei die Höhe der Reserven nicht gerechtfertigt, greift diese Aussage doch zu kurz. Dann sollten wir uns zunächst die Gründe für die Arbeitslosigkeit anschauen.

Frage

Ich will auch noch auf die Reserven zurückkommen. Sind Sie eigentlich zufrieden mit dem Ertrag, den die Währungsreserven abwerfen? Können Sie einige Hinweise darauf geben, wie diese Reserven angelegt sind? Außerdem würde mich interessieren, ob das Komitee von Herrn Dr. Stark sich auch mit der Frage befassen

wird, ob man die Reserven in einen Pool ausgliedern kann, der vielleicht auch Umschichtung und eine andere Anlagepolitik ermöglicht.

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Ich möchte zunächst einmal sagen, daß Devisenreserven angelegt werden und Zinsen bringen. Deswegen sind sie ein erheblicher Teil unseres Ertrages und damit ein erheblicher Teil dessen, was wir zur Finanzierung des Haushaltes und zur Schuldenreduktion abführen. D. h., diese Reserven liegen nicht irgendwo ertragslos, sondern sind ertragsbringend angelegt. Wie sie und wo sie genau angelegt sind, können Sie aus den Unterlagen erkennen. Im übrigen kann ich nur darauf hinweisen, daß unsere Devisenhändler durchaus so clever sind, das ordentlich anzulegen. Jedenfalls liegen wir gemessen an der Benchmark im europäischen Vergleich gar nicht so schlecht.

Frage

Was ist denn das für ein Benchmarking?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Die übertragenen Reserven werden von den nationalen Notenbanken verwaltet und dafür gib es ein Benchmarking. Da kann man sehen, welche Notenbank die besseren Erträge erreicht. Natürlich muß dies über längere Sicht gesehen werden. Ich will damit sagen, daß es sich nicht etwa um Geld handelt, das in die Ecke gelegt wird, sondern das angelegt ist und das Erträge bringt. Diese Erträge gehen in unsere Gewinnermittlung hinein und werden dann entsprechend transferiert. Das ist sehr sinnvoll.

Bundesbank-Vizepräsident Dr. Stark

Wenn ich die Frage richtig verstanden habe, würde das eine klare Ausweitung des Mandats bedeuten, das ich mit dieser Arbeitsgruppe hier übertragen bekommen habe. Ich möchte mich auf das engere Mandat gerne begrenzen. Ich glaube, das ist wirklich für die absehbare Zeit Aufgabe genug.

Frage

Der IWF hat eben angekündigt, daß Goldreserven verkauft werden können. Heißt das, daß die Bundesbank ihr Plazet dazu gegeben und auch ihre Meinung diesbezüglich geändert hat?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Ich kann nur sagen, daß ich gestern morgen und mittag noch mit Michel Camdessus zusammen war. Er hat mir das nicht gesagt, und wir haben uns auch gar nicht darüber weiter unterhalten. Ich kenne auch keinen Vorschlag, der formell auf dem Tisch liegt. Daß das in verschiedenen Kreisen diskutiert wird, ist eine andere Sache.

Bundesbank-Vizepräsident Dr. Stark

Es gibt weder einen Vorschlag noch einen Beschluß.

Frage

Die Bundesbank war ja sonst immer dagegen - haben Sie Ihr Plazet zu solchen Verkäufen gegeben?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Der frühere Bundesfinanzminister hat angekündigt, daß er mit der Bundesbank darüber sprechen wollte, wie die deutsche Position zu den eventuellen begrenzten Goldverkäufen des IMF sein sollte. Diese Gespräche haben noch nicht stattgefunden. Insofern kann ich dazu nicht mehr sagen. Im übrigen, wenn ich das richtig sehe, hat auch in den USA der Kongreß sich vorbehalten, zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Aber wie gesagt, es steht gar nicht im Augenblick offiziell auf der Tagesordnung.

Frage

Herr Tietmeyer, Sie haben einmal gesagt, daß wir es nach der jüngsten Zinsentscheidung nicht mit einem Paradigmenwechsel zu tun haben. Wenn ich Sie nicht gründlich mißverstanden habe, scheint mir zumindest die Zinssenkung von der vergangenen Woche nicht unter Stabilitätsgesichtspunkten geboten gewesen zu sein. Herr Noyer hat gesagt, wir haben unsere Spielräume genutzt. Können wir uns

denn darauf einstellen, daß die EZB auch weiterhin sich ergebende Spielräume nutzen wird?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Unter Abwägung aller Gesichtspunkte wird sie Spielräume nutzen, wobei die maßgebliche Orientierung die Stabilitätsorientierung ist. Aber Sie können davon ausgehen, daß es Spielräume nach allen Seiten, also nach unten und auch nach oben, geben kann. Spielräume nach unten sehe ich nach heutigen Erkenntnissen nicht mehr. Ich habe deutlich gesagt, daß Wim Duisenberg mit dem Satz „that´s it“ zum Ausdruck gebracht hat, wie das Meinungsbild im Zentralbankrat war. Und ich habe es übersetzt mit: das wär's.

Frage

Ist eine Wirtschaft, die eine Arbeitslosigkeit von 10 % hat, eine kranke Wirtschaft? Heute hat z.B. Herr Padoa-Schioppa gesagt, daß es auch für Zentralbanken sehr schwer sei, mit solchen kranken Wirtschaften zu leben. Wächst vor diesem Hintergrund vielleicht innerhalb der EZB oder der einzelnen nationalen Zentralbanken die Bereitschaft, einen Teil der Währungsreserven zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bereitzustellen?

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Also wenn Arbeitslosigkeit eine Krankheit ist, muß man zunächst fragen, woran liegt es denn. Die Ursache für die Krankheit liegt u. E. nicht darin, daß etwa das Zinsniveau zu hoch ist oder die Geldpolitik zu restriktiv ist, sondern die Krankheit scheint unserer Meinung nach dadurch bedingt, daß wir nicht genügend Dynamik in der eigenen Volkswirtschaft haben, daß die Investitionstätigkeit unzureichend ist und daß es an Vertrauen mangelt. Das bedeutet, daß wir zunächst einmal kalkulierbare Rahmenbedingungen haben müssen. Diese wiederum werden bestimmt von den verschiedenen Bereichen der Politik einschließlich Steuer-, Lohn- und Arbeitsmarktpolitik. Was die Nutzung der Reserven anbelangt, so ist dies aus meiner Sicht ein Scheinthema, denn dies wäre per saldo nichts anderes als eine expansive Geldpolitik.

Frage

Jahrelang habe ich von der Bundesbank gehört, daß zuerst die Regierung ihre Hausaufgaben machen solle, bevor sie dann vielleicht mit geldpolitischen Impulsen rechnen könne. Jetzt senkt die EZB zuerst die Zinsen und läßt die Hausaufgaben erst danach machen. Funktioniert die Geldpolitik der EZB so grundlegend anders, oder ist die EZB vielmehr um die Entwicklung der Wirtschaft so besorgt, daß sie deshalb von ihren Prinzipien abgewichen ist? Auch Herr Prof. Remsperger sprach von einer nachlassenden Konjunkturentwicklung.

Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer

Also zunächst einmal ist die EZB-Politik selbstverständlich nicht a priori genau identisch mit der Politik der Bundesbank. Aber sehr wohl ist sie von der nicht kurzatmigen, sondern längerfristig orientierten geldpolitischen Tradition der Bundesbank beeinflusst. Wir haben gemäß unseren Orientierungsmaßstäben die Frage zu stellen, ob die monetären Aggregate für eine Zinsänderung sprechen. Per saldo kann man sagen, sie geben gegenwärtig keine ganz klare Orientierung zu der einen oder anderen Seite. Die Stabilitätsperspektiven sind trotz gewisser Unsicherheiten nach wie vor positiv. Das ist für uns zunächst einmal sehr wichtig. Zu beachten ist dabei natürlich immer auch das gesamte realwirtschaftliche Umfeld. Da gibt es zur Zeit sicherlich gewisse Unsicherheiten über die kommende Entwicklung. Doch in Abwägung aller Gesichtspunkte sind wir der Meinung, daß es angemessen und richtig war, die Rahmenbedingungen im monetären Bereich jetzt so zu adjustieren, daß sie für längere Zeit so bleiben können. Das ist kein Thema der vorherigen genauen Absprache mit der Politik. Wir haben in eigener Verantwortung diese Entscheidung getroffen. Ich sehe darin keine Abkehr von der Bundesbank-Politik, was die Grundorientierung angeht. Im übrigen leben wir in einer auch etwas schwierigeren Gesamtsituation. Es geht nicht mehr nur um den deutschen Markt, sondern um einen größeren Bereich. Die Finanzmärkte reagieren teilweise anders. Aber ich möchte noch einmal betonen, daß ich diese Entscheidung nicht als eine Abkehr von einer längerfristig orientierten Politik betrachte. Denn letztendlich ist Geldpolitik keine Wissenschaft oder ein mathematisches Konzept, sondern ein vorsichtiges Abwägen. In diesem Sinne ist sie eher eine Kunst. Ob die Künstler diesmal richtig gehandelt haben, werden wir später wissen. Aber sie haben sich bemüht.